



# kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

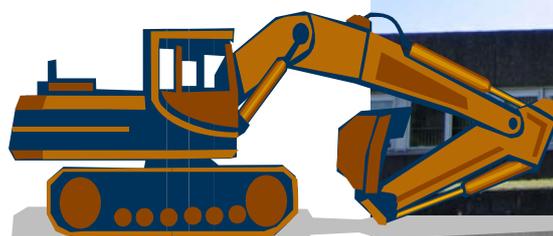
Ausgabe Oktober 2005-III

## Inhalt:

1. PP Trier - Südallee: Renovierung oder Abriss?
2. Spendenaufruf Hurrikan Katrina
3. "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." GG Art. 3 Abs. 1
4. Personalpolitik
5. Staatsquote nicht senken!
6. Wärmebildkamera kommt
7. Einsatzmehrzweckstock für Einzeldienst?
8. Mehr Einbrüche
9. Mehr Schleuser
10. Verbot von Softair-Waffen für Personen unter 18 Jahren
11. DGB für gesetzlichen Mindestlohn
12. Urlaub 2005
13. Externe RIVAR-Anschlüsse
14. Terminhinweis 8.11.: Delegiertenkonferenz der JUNGEN GRUPPE
15. Terminhinweis 15.11.: Delegiertenkonferenz der Frauengruppe
16. Vorsorge Ceck-Up
17. Kindergeld, Mitglieder-Info
18. Zur Erinnerung

### 1. PP Trier - Südallee: Renovierung oder Abriss?

Trotz aller Sanierungsbemühungen reißen die Probleme im Gebäude Südallee der Trierer Polizei nicht ab. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass die Erkrankungen ihre Ursache im Gebäude haben. Präsident Bitter, dem für



www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99



sein fürsorgliches Handeln von Seiten der Kollegen hohes Lob gezollt wird, hat den Umzug in andere Gebäude angeordnet. **Rolf Seydewitz** vom Trierischen Volkshaus kommentiert: „Warum spricht eigentlich niemand der Verantwortlichen über eine Alternative zu dem teuren Vabanquespiel: Abriss des alten Präsidiums und Umzug der Polizei in ein anderes Domizil? Ausreichend große, leer stehende Gebäude gibt es in Trier schließlich wie Sand am Meer.“

**Ernst Scharbach:** „Ein städtebaulicher Verlust wäre der Abriss des Waschbetongebäudes jedenfalls nicht. Man sollte wirklich ernsthaft über diese Alternative nachdenken – und sich rasch entscheiden!“

### 2. Spendenaufruf Hurrikan Katrina

Unterstützt von Innenminister **Karl Peter Bruch** rufen die Kollegin **Gerhardt** und die Kollegen **Chudzinski** und **Werner** aus Mainz zu Spenden für die Polizeikollegen des St. Bernhard Sheriff's Departement in Arabi, Louisiana, auf. Die zum Departement gehörenden vier Polizeistationen wurden weitgehend durch den Hurrikan zerstört. Ein Schubkahn diene derzeit als Dienststellenersatz.

Spenden werden erbeten auf das Konto der Polizeistiftung - Kto. 110 122 777, BLZ 550 500 00, Landesbank Rheinland-Pfalz, Stichwort: "St. Bernhard"



### 3. "Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich." GG Art. 3 Abs. 1

Oder doch nicht so ganz? Im Juni - vermeintlich rechtzeitig vor der jährlichen Grippeperiode - regte **Alfons Meyer** (Gesamtpersonalrat Trier) das Angebot einer kostenlosen Impfung für alle Bediensteten der Polizei an. Im August 2005 wurde die Nachfrage von **Paul Mohr** (Personalrat Schule) erneuert. Das Ministerium entschied, auf den Vorschlag NICHT einzugehen. Man verwies auf die - unbestreitbare - Tatsache, dass ein Teil der Kosten für die Gripeschutzimpfung von der Beihilfestelle übernommen werde und empfahl den Privatimpfungsweg. Die Kosten werden unabhängig von der 'Kostendämpfungspauschale' übernommen. Den Rest müsse man bei seiner privaten Krankenversicherung einreichen. Die Angehörigen der BePo können sich dank der Freien Heilfürsorge kostenlos impfen lassen.

**Burkhard Kaiser** (GPR Koblenz) zitiert folgende Abrechnung eines Arztes:

Ziffer 1 (Beratung)	€10,72	2,3facher Satz
Ziffer 5 (Symptom bezogene Untersuchung)	€10,72	2,3facher Satz
Ziffer 375 (Impfung)	€ 4,66	1facher Satz
Impfstoff	<u>€18,00</u>	
Gesamt	<u>€44,10</u>	



**Kaiser** in einem Brief an das ISM: „Hieraus folgen Beihilfeaufwendungen von mindestens 50 %, also min. € 22,05. Da die Gesundheitsbehörden des Landes, nach dem Arzneimittelgesetz, die Möglichkeit des Direktbezuges der Impfstoffe vom Pharmahersteller haben, würden sich alleine die Kosten für den Impfstoff um etwa € 14,- verringern.“

Selbst bei der Hinzuziehung eines Betriebsarztes mit dessen Vergütung würden sich die Kosten weiterhin deutlich im Vergleich zu der Liquidation eines Allgemeinarztes verringern, sind doch durchaus 30-40 Probanden in einer Stunde zu impfen.“



Unser Hinweis, dass es insgesamt - also auch für den Dienstherrn - billiger käme, die Impfung bei der BePo oder den Gesundheitsämtern durchführen zu lassen, blieb leider unbeachtet, mal abgesehen von der Zeit, die verloren geht, wenn jeder individuell zum Doc rennt.

Der Unmut schwoll an, als bekannt wurde, dass sich alle Beschäftigten der Ministerien in Mainz und alle Abgeordneten kostenlos impfen lassen können. **MdL Matthias Lammert (CDU)** griff den Ausschluss der Polizeibeschäftigten in einer Presseerklärung an und forderte Gleichbehandlung.

**MdL Carsten Pörksen (SPD)** reagierte unmittelbar, als er von dem Sachverhalt erfahren hatte. **Pörksen** hat das Innenministerium aufgefordert, auch für die Polizeibediensteten eine kostenlose Impfung anzubieten. **Pörksen** gegenüber der GdP: *"So kostenintensiv ist die Impfung ja nicht - und die Funktionsfähigkeit der Polizei ist den Aufwand allemal wert!"*

#### 4. Personalpolitik

**MdL Herbert Schneiders** kritisierte die Personalpolitik der Landesregierung: *"Wenn die Bevölkerung wüsste, dass in vielen Polizeidienststellen nachts nur drei Polizisten Dienst tun, dann würden sie nicht mehr ruhig schlafen."* Der hohe Altersschnitt lasse erhebliche Sicherheitslücken befürchten, insbesondere bei der WM 2006. Die Dienststelle Traben-Trarbach liege mit 55 Lebensjahren im Durchschnitt an der Spitze. Das Durchschnittsalter des Kriminal- und Bezirksdienstes in Trier liege bei 54,6 Jahren. **Schneiders** fordert 1.000 zusätzliche Polizisten für Rheinland-Pfalz. Diese Forderung deckt sich mit den Analysen der GdP. Unseren Berechnungen zu Folge sollten in Rheinland-Pfalz 10.000 Polizisten Dienst tun. Immerhin sind seit 1991 die in der PKS registrierten Straftaten von 200.000 um 50 % auf 300.000 gestiegen. Eingeschränkt Dienstfähige, die Inanspruchnahme von Elternzeit und das ansteigende Lebensalter verschärfen die Situation in den operativen Einheiten.



#### 5. Staatsquote nicht senken!

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Ohne Geld ist kein Staat zu machen. Kinderhorte, Bildung, Polizei, Gesundheit, Rente, Pflege ... decken Risiken und Kosten ab, die der Einzelne nicht schultern kann. **Ernst Scharbach**: *„Wir brauchen mehr Einnahmen, damit der Staat, wie wir Europäer ihn definieren, seine Aufgaben wahrnehmen kann. Die angelsächsisch-amerikanische Variante der Staatsphilosophie sollte uns kein Vorbild sein.“*

**MdL Günther Ramsauer (SPD)**: *„Tatsache ist, dass in allen öffentlichen Haushalten in den vergangenen Jahren die Steuereinnahmen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, die volkswirtschaftliche Steuerquote sich auf einem historischen Tiefststand befindet und gleichzeitig die Defizite auf allen staatlichen Ebenen drastisch angestiegen sind. Es ist wichtig, dass der Staat auch zukünftig aktiv und handlungsfähig bleibt, um die erforderlichen Zukunftsinvestitionen in Bildung, Wissenschaft, Forschung, Innerer Sicherheit und Infrastrukturmaßnahmen tätigen zu können.“*



#### 6. Wärmebildkamera kommt

Der in Winnigen stationierte Polizeihubschrauber wurde in England mit der Wärmebildkamera ausgerüstet. Die Justierung des Systems wird in München vorge-



Personalrat BePo) schätzt, dass die Wärmebildkamera Anfang des Jahres 2006 eingesetzt werden kann.

nommen. Die Ausschreibung für die Flugbegleiter (FLIR) zur Bedienung der Anlage ist abgeschlossen. Die BePo prüft die Geeignetheit der Bewerber - wobei die Beschäftigten der Bundeswehr in Mendig Priorität erhalten. Der Bundeswehrstandort wird geschlossen und die Menschen dort suchen dringend nach Arbeit. Bei Übernahme der Bundeswehrangehörigen können Mittel der Konversion in Anspruch genommen werden. **Dieter Kronauer** (Allg.

### 7. Einsatzmehrzweckstock für Einzeldienst?

Das Beschulungskonzept Einsatzmehrzweckstock (EMS) ist in Kraft getreten. Unklar ist derzeit noch, ob die KollegInnen den EMS nur in geschlossenen Einheiten mitführen dürfen. Die GdP setzt sich dafür ein, dass der EMS auch im ‚normalen‘ Einzeldienst genutzt werden darf. Voraussetzung: Die Aus- und Fortbildung muss regelmäßig wahrgenommen werden. **Jürgen Moser** (GPR Westpfalz): „*Die Kollegen bei uns nehmen den EMS schon seit Jahren mit auf Streife. Gerade der defensive Charakter bei der Abwehr von Schlägen wird bei den Polizisten geschätzt.*“

### 8. Mehr Einbrüche

Auf 5.376 ist die Zahl der Einbrüche im Jahr 2004 in Rheinland-Pfalz gestiegen - das sind 714 mehr als 2003. Die Kollegen des Landeskriminalamtes haben eine Schadenssumme von 12 Millionen € errechnet.

### 9. Mehr Schleuser

Ausweislich der Justizstatistik der Verurteilten und Abgeurteilten wegen Einschleusens von Menschen kann die tatsächliche Anzahl der Verfahren nur geschätzt werden. Die Fallzahlen stiegen von 1998 bis 2002 um 280 Prozent an, in der längerfristigen Betrachtung (bis 2004) immerhin um 208 Prozent.



Seit 1999 haben sich landesweit die Fallzahlen der Polizeistatistik für das Einschleusen von Ausländern gemäß § 92a AuslG kontinuierlich gesteigert, von 68 Fällen (1999) bis auf 254 Fälle (2004). Das sind immerhin 274 Prozent.

**MdL Christian Baldauf (CDU):** „*Die Fälle des Menschenhandels, denen fast immer junge Frauen zum Opfer fallen und die nahezu ausnahmslos in die (Zwangs-) Prostitution münden, stellen eine besonders perfide Form des Sklavenhandels im 21. Jahrhundert dar. Nirgendwo sonst sind die Gewinnmargen durch strafbares Handeln so hoch und nirgendwo sonst ist das Entdeckungsrisiko gleichzeitig so gering. Von 2000 bis 2004 stiegen landesweit die Fallzahlen um 430 Prozent an.*“

### 10. Verbot von Softair-Waffen für Personen unter 18 Jahren

**MdL Marlies Kohnle-Gros (CDU):** „*Wir müssen heute feststellen, dass Körperverletzungsdelikte und Gewaltstraftaten im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität in den letzten Jahren stark angestiegen sind. Die Produzenten von so genannten Softair-Waffen bewerben die Zielgruppe der Jugendlichen massiv. Dabei sind diese Waffen keineswegs ungefährlich. Verletzungen sind leicht möglich, wenn*



gerade aus nächster Nähe auf einen Menschen geschossen wird. Ich würde mich freuen, wenn aus Rheinland-Pfalz die Initiative käme, dass diese Lücke im Waffengesetz geschlossen wird. „Die GdP weist seit Monaten auf die Gefährlichkeit der angeblich so harmlosen Spielzeuge hin – nicht nur für diejenigen, die von den Kügelchen getroffen werden, sondern auch für die, die mit diesen Waffen-Nachbildungen von Polizisten angetroffen werden. Dieser Kram gehört nicht in Kinderhände!“ bestätigt **Bernd Becker**, stellvertretender Landesvorsitzender die Forderung. Auch wir wären für eine rheinland-pfälzische Initiative im Bundesrat dankbar.



### 11. DGB für gesetzlichen Mindestlohn

Es gibt eine bittere Wahrheit in unserem Land: Fast acht Millionen Arbeitnehmer leben mit ihren Familien von absoluten Niedriglöhnen. Viele sind noch gar nicht ganz unten angekommen. Aber in einigen Branchen wollen die Arbeitgeber die Einkommen noch weiter senken. Im Raffke-Land Deutschland flüchten immer mehr Unternehmer aus den Arbeitgeberverbänden. Sie rauben damit ihren Beschäftigten die Sicherheit von Tarifverträgen. Die Folge: Arbeitszeiten wachsen ins Unendliche. Löhne fallen ins Bodenlose.

Die Politik darf die Tarifflicht dieser Arbeitgeber nicht belohnen. Millionen Beschäftigte brauchen dringend Schutz vor Lohndumping. Und ehrliche Arbeitgeber, die ordentlich bezahlen, müssen vom Druck der Schmutzkonkurrenz befreit werden.

**Michael Sommer (DGB):** "Wo gute Tarife in ganz Deutschland gelten, aber zu wenige Unternehmen binden, sollte die Bundesregierung sie für allgemeinverbindlich erklären. Und wo es bislang keine Tarifverträge gibt, braucht es gesetzliche, aber an der Leistungsfähigkeit der Branchen orientierte Mindestlöhne - von 7,50 Euro an aufwärts."

### 12. Urlaub 2005

Auf Nachfrage der GdP teilt das ISM mit, dass der Resturlaub aus dem Jahr 2005 bis zum 30. September 2006 genommen werden muss. Die Urlaubsverordnung sieht keine Ausnahmen vor. Auch die Belastung durch die Weltmeisterschaft 2006 kann daher nicht zu einer anderen Regelung führen. Sollten aus dienstlichen Gründen Probleme entstehen, bitten wir um einen entsprechenden Hinweis.

### 13. Externe RIVAR-Anschlüsse

Das ISM stellt 100.000 € zusätzlich für den Anschluss außen liegender Liegenschaften an das Polizeinetz zur Verfügung. Im ersten Zug können damit etwa ein Drittel z.B. der Bezirksbeamten angeschlossen werden. **Theo Braunshausen**, Bezirksbeamter der PI 2 in Mainz-Gonsenheim: "Es freut mich sehr, dass unser Innenminister **Karl Peter Bruch** Wort gehalten hat. Im Sommer dieses Jahres hatte er zugesagt, sich persönlich um das Problem zu kümmern!"



**Ernst Scharbach:** "Nachdem die technischen Probleme nun ausgeräumt scheinen, sollte man zügig auch die übrigen Kolleginnen und Kollegen ans Netz nehmen. Das spart jede Menge Zeit für die Hin- und Herfahrerei zwischen den Außenstellen und den Inspektionen und die Doppeleingaben in den Computer."



**14. Terminhinweis 8.11.: Delegiertenkonferenz der JUNGEN GRUPPE**

Dienstag, den 8. November, 09:30h, treffen sich die Delegierten der JUNGEN GRUPPE aus Rheinland-Pfalz zur Landesjugendkonferenz auf dem Hahn. Leitthema der Konferenz (ab 14:00h): „Herausforderung der Zukunft: Globaler Terrorismus“ (Diskussion mit Sicherheitsexperten des LKA und ISM). Ferner werden ein neuer Landesjugendvorstand gewählt und die bisher vorliegenden 13 Anträge beraten. Gäste sind herzlich willkommen.

**15. Terminhinweis 15.11.: Delegiertenkonferenz der Frauengruppe**

Dienstag, den 15. November, 09:30h, treffen sich die Delegierten der Frauengruppe aus Rheinland-Pfalz zur Landesfrauenkonferenz auf dem Hahn. Leitthema der Konferenz (ab 13:30h): „Audit Beruf und Familie“. (Vortrag von Dagmar Klinge-Hagenauer, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Frankfurt) Ein neuer Landesfrauenvorstand wird gewählt. 17 Anträge sind zu beraten. Gäste sind herzlich willkommen.

**15. Vorsorge Ceck-Up**

Die Polizeiversicherungs-AG bietet exklusiv und kostenlos für alle GdP-Mitglieder einen Check-up über die persönliche Versorgungssituation. Ziel: Beiträge sparen, Förderungen nutzen und Leistungslücken schließen!  
{ [http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/pvagvers/\\$file/checkup.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/pvagvers/$file/checkup.pdf) }

**16. Dank für GdP-Mitglieder-Info**

„Hallo Wiljo,  
aufgrund dieser Mitglieder-Info, habe ich bei meiner Tochter Nadine mal genau nachgerechnet und dann im September einen Antrag auf Weiterzahlung von Kindergeld sowie Familienzuschlag gestellt.  
Gestern wurde mir schriftlich mitgeteilt, dass mein Antrag positiv beschieden wurde und ich eine Nachzahlung von über 2.000 € mit dem nächsten Gehalt überwiesen bekomme.  
Deshalb meinen herzlichen Dank an Dich und die Verfasser der genannten Mitglieder-Info.  
Mit freundlichen Grüßen“  
Hans-Werner  
{ [http://www.gdp-rp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/Kindergeld\\_DE/\\$file/Kindergeld.pdf](http://www.gdp-rp.de/gdp/gdprpcms.nsf/id/Kindergeld_DE/$file/Kindergeld.pdf) }

**17. Zur Erinnerung**

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

<p>Auto kaufen? Verreisen? PSW 06131/96009-23 oder -31 Internetapotheke: <a href="http://gdp-rp.vitaware.de">http://gdp-rp.vitaware.de</a> (ohne "www").</p>
--

v.i.S.d.P.:  
Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz  
[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)      [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)